



Nachhaltige Entwicklung im Schatten geopolitischer Spannungen

Zentrale Ergebnisse der G7- und G20-Prozesse 2022

von Bodo Ellmers

Sowohl der G7- als auch der G20-Prozess sind 2022 mit ambitionierten Programmen angetreten. Im Nachklang der COVID-19-Pandemie standen besonders gesundheitspolitische Themen wie Pandemieprävention und Impfstoffversorgung auf den Prioritätenlisten der deutschen G7-Präsidentschaft sowie der indonesischen G20-Präsidentschaft. Darüber hinaus waren der Kampf gegen den Klimawandel und die Förderung der Energiewende prominent auf den Agenden. Besonders die indonesische Regierung war bemüht, Themen von Relevanz für den globalen Süden im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft voranzutreiben. Unter dem Motto „shared prosperity“ sollten Fortschritte bei der Reform internationaler Institutionen, der Infrastrukturfinanzierung und des globalen Steuerrechts gemacht werden.

Die Eskalation des Ukraine Konflikts mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 warf die Pläne jedoch größtenteils über den Haufen. De facto wurde der G7-Prozess zu einem der Hauptforen, in dem die Großmächte des Westens ihre Sanktionen gegen Russland koordinierten. Der G20-Prozess war weitgehend blockiert, weil die westlichen Länder und G20-Mitglied Russland unter den gegebenen Umständen nicht zur Zusammenarbeit bereit waren, während Länder wie China oder Indien eine neutrale Haltung einnahmen. Zwar wurden die zahlreichen G20-Ministertreffen planmäßig abgehalten, doch kaum eines resultierte in einem gemeinsam getragenen Ergebnis. Zur Überraschung vieler gelang es zumindest beim Gipfel im Bali, ein Communiqué zu verabschieden.

Im Resultat wurden einige wenige neue Initiativen entwickelt, besonders in den Bereichen Gesundheit und Klima. Die prominentesten sind ein neuer Pandemiefonds bei der Weltbank, der besonders von Deutschland vorangetriebene neue Klimaclub, ein so genannter Globaler Schutzschirm gegen Klimarisiken und Zusagen zur Infrastrukturfinanzierung. Die meisten dieser Innovationen müssen allerdings in der Praxis erst noch beweisen, dass sie einen tatsächlichen Mehrwert gegenüber den existierenden Institutionen bringen.

Geopolitik im Zentrum der G7- und G20-Prozesse

Ursprünglich sind sowohl die G7 als auch die G20 als informelle Foren der größten Wirtschaftsnationen gegründet worden. Dies geschah mit dem Zweck, Wirtschafts- und Finanzpolitik weltweit zu koordinieren. Über die Jahre haben jedoch sowohl

G7 als auch G20 das Themenspektrum ihrer Agenden immer weiter ausgedehnt. Dies hat bei einigen zu der Kritik geführt hat, sie würden als eine Art Parallel-UN agieren – dies jedoch als Klubs mit exklusiver Mitgliedschaft. Das [Programm der](#)

deutschen G7-Präsidentschaft und die Prioritäten Indonesiens reflektierten diese Komplexität. Im Jahr 2022 kam hinzu, dass wegen des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine erstmals Geopolitik und friedenspolitische Fragen im Zentrum standen. Alle anderen Themen wurden sowohl im G7- als auch im G20-Prozess in den Hintergrund gedrängt.

Der G20-Prozess war noch deutlich stärker von den wachsenden geopolitischen Spannungen betroffen als der G7-Prozess. Das erste Finanzministertreffen im Februar 2022 in Jakarta endete noch mit einem ausführlichen Abschlussdokument (Communiqué). Beim zweiten Treffen, das traditionell im Rahmen der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im April in Washington stattfindet, konnte dagegen kein gemeinsamer Nenner mehr gefunden werden. Stattdessen verließen die USA und andere westliche Länder den Raum, als der russische Vertreter sprach. Das dritte Treffen im Juli 2022 endete lediglich in einer Chair's Summary, in der Differenzen und Gemeinsamkeiten aus Sicht der indonesischen Präsidentschaft dargelegt wurden. Ein übliches Verfahren in der internationalen Politik, wenn der Bereich des Konsenses schmal ist. Auch die Treffen der anderen Fachminister*innen wurden lediglich in Chair's Summaries dokumentiert.

Lange Zeit war nicht klar, ob es überhaupt zu einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs kommen würde, und ob die indonesische Präsidentschaft alle zwanzig dazu einladen würde. Ein Ausschluss

Russlands aus der G20 scheiterte unter anderem am Einspruch Chinas. Russlands Entscheidung, statt Präsident Putin lediglich Außenminister Lawrow nach Bali zu schicken, erleichterte dann den anderen Staats- und Regierungschefs die Teilnahme. Trotzdem dominierte der Krieg in der Ukraine die politischen Diskussionen in Bali, und drängte andere Themen in den Hintergrund.

Mit beeindruckendem diplomatischem Geschick gelang es jedoch der indonesischen Präsidentschaft, den Gipfel zur Annahme eines 17-seitigen Abschlussdokuments zu bewegen. Mit seinen zahlreichen Anhängen ist es über 1.000 Seiten lang. Darunter befinden sich auch zwei Dokumente mit explizitem Fokus auf die Agenda 2030 und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs): Das ausführliche Bali-Update zum Aktionsplan der G20 zu der Agenda 2030 sowie die politische Erklärung zu Multilateralismus für die SDGs.

Größere Proteste gegen die Gipfel blieben dieses Jahr aus. Während des G7-Gipfels in Elmau gab es jedoch mehrere Demonstrationen. Die größere davon, in München, wurde von einem breiten Bündnis getragen, darunter zahlreichen umwelt- und entwicklungspolitische NGOs. Unter dem Motto „Klimakrise – Artensterben – Ungleichheit. Gerechtere geht anders“ wurden von der internationalen Politik ambitionierte Reformschritte gefordert.

Im Folgenden ein knapper Überblick über einige Themen mit SDG-Bezug, die auf den Agenda von G7 und/oder G20 standen.



Hunger und Ernährungssicherheit

Das Thema Ernährung hat seit Anfang des Jahres wegen des massiven Anstiegs der Nahrungsmittelpreise auf den Agenda von G7 und G20 an Bedeutung gewonnen. Besonders arme Menschen und arme Länder können sich angesichts gestiegener Preise keine hinreichende Nahrungsmittelversorgung leisten. Die G7 haben daher bei ihrem Gipfel ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das als „Bündnis für globale Ernährungssicherheit“ unter anderem Finanzausgaben in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar zusätzlich für die globale Ernährungssicherheit vorsieht.

Allerdings ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Kurz vor dem Gipfel hatte die UN be-

kannt gegeben, dass allein die Finanzierungslücke bei der humanitären Hilfe derzeit 37 Milliarden US-Dollar beträgt – die rasant gestiegenen Nahrungsmittelpreise wiegen hier schwer. Die Welthungerhilfe hatte im Vorfeld des Gipfels 13 Milliarden jährlich von der G7 für diesen Bereich gefordert. Auch beachtenswert: Ernährungsfragen und Hungerbekämpfung standen bereits bei der letzten G7-Präsidentschaft Deutschlands 2015 groß auf der Agenda. Damals hatte sich die G7 das Ziel gesetzt, bis 2030 500 Millionen Menschen vom Hunger zu befreien. Tatsächlich ist die Zahl der Menschen, die an Unterernährung leiden, seither deutlich gestiegen. Watchdog-Gruppen wie zum Beispiel ONE machten in diesem Zusammenhang auf die Um-

setzungs- und Accountability-Defizite der G7 aufmerksam. Die großen Versprechungen ihrer Communiqués werden zu selten auch gehalten.

Auch im Abschlussdokument der G20 werden Fragen der Ernährungssicherheit breit behandelt, al-

lerdings brachte der Gipfel selbst keine neuen Ergebnisse. Die G20 lobten unter anderem die Rolle der UN bei der Verabschiedung des Istanbul-Abkommens, dass die Wiederaufnahme ukrainischer Getreideexporte nach Kriegsbeginn wieder möglich gemacht hat.



Gesundheit

Gesundheit hätte eigentlich das zentrale Thema der G-Prozesse 2022 sein sollen, da die Coronapandemie die Defizite der internationalen Regelwerke und Institutionen in diesem Bereich schonungslos offengelegt hat. Die G20 hielt dazu bereits seit letztem Jahr gemeinsame Treffen von Finanz- und Gesundheitsminister*innen ab.

Ein Resultat ist die Gründung eines zunächst mit 1,4 Milliarden US-Dollar ausgestatteten globalen Pandemiefonds, der Gesundheitssysteme stärken und Haushaltslücken über fünf Jahre schließen soll. Der Fonds wird bei der Weltbank angesiedelt und soll sowohl Maßnahmen der Prävention als auch, wenn nötig, der Reaktion auf Pandemien finanzieren. Nach **Schätzungen der G20** selbst beträgt die Finanzierungslücke allerdings mindestens zehn Milliarden US-Dollar.

Der **Pandemiefonds stieß allerdings bei der Zivilgesellschaft nicht auf ungeteilte Begeisterung**. Zwar steht der Bedarf an zusätzlichen Mitteln für den Gesundheitsbereich außer Zweifel. Doch Kritiker*innen argumentierten, dass es besser wäre, mehr Gelder für das Kernbudget der Weltgesundheitsorganisationen (WHO) und die Stärkung von Gesundheitssystemen im globalen Süden zu verwenden. Damit könne flexibler und effektiver auf zukünftige Krisen reagiert werden, als mit einem spezialisierten Fonds bei der Weltbank.

Entgegen der Hoffnungen vieler gab es weder bei G7 noch bei G20 substanzielle Fortschritte im Bereich **globale Impfgerechtigkeit**, etwa durch eine fairere Regelung der Patentfrage.



Infrastruktur und Energie

Der größte nominelle Finanzbetrag wurde beim G7-Gipfel im Bereich der Infrastrukturfinanzierung genannt. Die G7 verkündete eine Partnerschaft für Globale Infrastruktur und Investitionen (PGII), die mit dem beachtlichen Finanzvolumen von 600 Milliarden US-Dollar ausgestattet werden soll. Seit dem Gipfel ist es allerdings wieder ruhig um diese Partnerschaft geworden, vielleicht auch deswegen, weil es sich bei den 600 Milliarden größtenteils um bereits existierende Programme handelt, die für den G7-Gipfel publikumswirksam neu verpackt wurden. So entspricht beispielsweise der von der EU zugesagte Beitrag in Höhe von 300 Milliarden Euro ziemlich exakt dem Volumen der **Global Gateway Initiative der EU**, die wiederum bereits existierende nationale Infrastrukturprogramme der EU-Mitgliedsstaaten mit jenen der EU-Institutionen bündelt.

Die PGII soll laut **G7-Communiqué** nachhaltige Entwicklung fördern. Sie sei ein „gemeinsames Angebot zur Verringerung der Investitionslücke für nachhaltige, inklusive, klimaresistente und hochwertige Infrastruktur in Schwellen- und Entwicklungsländern auf der Grundlage verstärkter Zusammenarbeit, demokratischer Werte und hoher Standards“. Bei ihrer Gründung soll besonders der Wunsch der US-Regierung eine Rolle gespielt haben, auf afrikanischem Boden gegenüber dem geopolitischen Rivalen China wieder Boden gut zu machen.

Darüber hinaus wollen die G7 ihre bereits existierende Energiewende-Partnerschaft (Joint Energy Transition Partnership, JETP) mit Südafrika ausbauen, und ähnliche Partnerschaften mit weiteren Ländern starten. Explizit genannt wurden seitens

der deutschen Präsidentschaft Indien, Indonesien, Senegal und Vietnam.

Konterkariert wurden die Absichten der G7 zur Energiewende allerdings dadurch, dass ihre Mitglieder gleichzeitig auch die Gasförderung ausbauen wollen, um Alternativen zur Versorgung aus Russland zu schaffen. Dies soll unter anderem in Ländern wie Senegal geschehen, dessen Präsident Macky Sall auch zum G7-Gipfel eingeladen wurde. Hier wurde deutlich, dass die G7 bereit ist, Nach-

haltigkeitsziele sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen unterzuordnen. Damit provozierte sie die Kritik zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, die sich seit Jahren dafür einsetzen, den weiteren Ausbau „brauner“ Energien zu stoppen. Dagmar Pruin, die Chefin des kirchlichen Hilfswerks Brot für die Welt, **kritisierte: „Öffentliche Gelder für neue Gasfelder im Globalen Süden sind entwicklungspolitisch und klimapolitisch unverantwortlich.“**



Wirtschaft und Menschenrechte

Das Thema Wirtschaft und Menschenrechte wurde von der deutschen G7-Präsidentschaft prominent auf die Agenda gesetzt, nachdem man mit der Verabschiedung des Lieferkettengesetzes auf nationaler Ebene vorangeschritten war. Im Abschlusscommuniqué erklärten die G7, ihre Bemühungen um nachhaltige Lieferketten und den Kampf gegen Kinder- und Zwangsarbeit zu intensivieren. Dies solle durch einen Mix an verbindlichen und freiwilligen Maßnahmen erfolgen. Diese Entscheidung markierte einen klaren Richtungswechsel der G7-Länder, die bislang vor allem auf freiwillige Initiativen und Empfehlungen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards durch Unternehmen gesetzt hatten. Auch wollen die G7 auf einen internationalen Konsens zu Wirtschaft und Menschenrechten hinarbeiten, um die Einhaltung internationaler Standards zu stärken. Mit Ausnahme der USA haben sich allerdings noch keine weiteren G7-Staaten aktiv an den Verhandlungen im UN-Menschenrechtsrat zu einem verbindlichen Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten

(auch „UN Treaty“ genannt) beteiligt. So hat die EU noch immer kein Verhandlungsmandat für den Prozess verabschiedet. Frankreich plant, sich zumindest im Rahmen einer Unterarbeitsgruppe nun stärker in die Verhandlungen einzubringen.

Beim G20-Gipfel 2022 waren nachhaltige Wertschöpfungsketten nur ein Randthema. Rechtlich verbindliche Maßnahmen werden im Communiqué nicht erwähnt. Immerhin gab es eine politische Vereinbarung, die Rechte von Arbeitnehmer*innen auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen zu schützen, die Mindestlöhne regelmäßig anzupassen und die Arbeitnehmer*innen vor der Gefahr von Niedriglöhnen zu schützen. Darüber hinaus wurden lediglich bestehende Vereinbarungen zu menschenwürdiger Arbeit, Bekämpfung von Kinder- und Zwangsarbeit, Schutz von Wanderarbeiter*innen, Förderung von Frauen und Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt bekräftigt.



Kampf gegen den Klimawandel

Maßnahmen gegen den Klimawandel standen hoch auf der Agenda der deutschen G7-Präsidentschaft. Als Ergebnisse hervorzuheben sind besonders der „Klimaclub“ sowie der G7-Schutzschirm gegen Klimarisiken, der erst nach dem eigentlichen G7-Gipfel auf der UN-Klimakonferenz im ägyptischen Sharm-El-Sheikh (COP27) bekannt gegeben wurde. **Dem Klimaclub wurde dagegen eine eigene G7-Erklärung gewidmet.** Bundeskanz-

ler **Scholz kommentierte:** „Dieser offene und kooperative Club definiert gemeinsame Mindeststandards, bringt den Klimaschutz international koordiniert voran und stellt sicher, dass Klimaschutz international ein Standortvorteil ist.“ Der Klimaclub ist eine Art informelles Handelsabkommen und soll bis Ende 2022 die Arbeit aufnehmen. Er soll verhindern, dass Staaten, die beim Klimaschutz vorangehen und ihrer Privatwirtschaft Restriktion

oder hohe Umwelt- und CO₂-Steuern auferlegen, Wettbewerbsnachteile entstehen. Im Rahmen des Klimaclubs will man sich unter anderem auf gemeinsame Standards zur Messung des Kohlendioxidgehalts von Produkten einigen. Darüber hinaus sollen gemeinsame Leitmärkte geschaffen werden, zum Beispiel für grünen Wasserstoff.

Laut Bundesregierung soll der Klimaclub zunächst eine Allianz der „klimapolitisch ambitioniertesten Staaten der Welt“ sein. Dass er nun ausgerechnet von den G7-Staaten gegründet wurde – also von den Staaten mit den historisch höchsten CO₂-Emissionen, die auch heute noch zu den schlimmsten Verursachern des Klimawandels zählen, mag manchen als kurios erscheinen. Die Tatsache, dass der G7-Prozess für die Gründung des Klimaclubs gewählt wurde, und nicht die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), die nur wenig später ihren Klimagipfel abhielt, weist darauf hin, dass der Klimaclub möglicherweise nicht mit dem UN-Prinzip der **gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung** (common but differentiated responsibilities, CBDR) kompatibel ist. Gemäß dieses Prinzips sind Länder mit historisch hohem kumulierten CO₂-Ausstoß dazu verpflichtet, klimapolitisch ambitioniertere Schritte einzugehen, während Entwicklungsländern eingeräumt wird, ihren Ausstoß von weit niedrigerem Niveau aus noch zu steigern – und das, ohne dafür mit Handelssanktionen rechnen zu müssen.

Das große Thema auf dem diesjährigen UN-Klimagipfel war die Klimafinanzierung. Zum einen sollten reiche Länder endlich ihre Verpflichtung erfüllen, jährlich 100 Milliarden US-Dollar für klimawandelbezogene Maßnahmen in ärmeren Ländern bereitzustellen. Zum anderen ging es angesichts der Zunahme von Naturkatastrophen und extremen Wetterereignissen um einen Fonds zur

Kompensation klimabedingter Verluste und Schäden (Loss and Damage). Damit würde ein rechtsbasierter Ansatz geschaffen, statt dass die betroffenen Länder und Menschen weiterhin auf Almosen im Rahmen der humanitären Hilfe angewiesen sind, die in der Regel „too little – too late“ bei den Betroffenen eintrifft.

Als G7-Initiative wurde am Rande des UN-Klimagipfels der „**Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken**“ präsentiert. Laut Angaben des BMZ ist Deutschland mit 170 Millionen Euro größter Beitragszahler dieser Initiative. Zusätzliche 40 Millionen Euro wurden von anderen Ländern wie Frankreich, Kanada und Dänemark zugesagt. Weitere Staaten und auch private Akteure hätten ihre Unterstützung des Global Shields signalisiert. Die Initiative wurde gemeinsam mit der V20, einer Gruppe der für Klimawandelfolgen besonders verletzlichen Staaten, vorgestellt.

Während zusätzliche Mittel zur Klimafinanzierung und für Loss and Damage dringend benötigt werden, ist der Globale Schutzschirm natürlich bislang nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Laut der V20 selbst haben diese seit dem Jahr 2000 **Klimaschäden im Wert von 525 Milliarden US-Dollar** erleiden müssen, also gut das 2000-fache des bisherigen Finanzvolumens des Schutzschirms. Hinzu kommt, dass betroffene Länder keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben. Der Globale Schutzschirm ist **wie eine klassische Fazilität der Entwicklungszusammenarbeit** gestaltet, die der Kontrolle der Geber untersteht. **Kritiker*innen** aus der Zivilgesellschaft bezeichneten die Initiative daher auch als ein Ablenkungsmanöver der G7, mit der den Forderungen aus dem globalen Süden nach einem echten Loss and Damage-Fonds der Wind aus den Segeln genommen werden sollte.

17



Globale Partnerschaft und Mittel zur Umsetzung

Als Foren der größten Wirtschaftsmächte hätten sowohl die G7 als auch die G20 das Potenzial, für die nötigen finanziellen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sorgen, um nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern. Unilaterale Schritte können hier mehr schaden als nutzen. So hat zum Beispiel die **weltweite Zinswende**, ausgelöst durch die massiven Zinserhöhungen der US-Zentralbank seit Anfang 2022, dazu geführt,

dass sich die Finanzierungsbedingungen und die Verschuldungssituation für viele Länder des globalen Südens erheblich verschlechtert haben. G7 und G20 haben darauf mit wenig neuen Impulsen reagiert.

Weder im G7- noch im G20-Prozess wurden substanzielle Fortschritte bei der Lösung der Schuldenkrise im globalen Süden erzielt. Dies stieß vor

allem bei NGOs auf massive Kritik. Oxfam betonte vor dem G20-Gipfel, dass arme Länder seit Beginn der Coronapandemie **113 Milliarden US-Dollar an Gläubiger aus den G20-Ländern überwiesen** hätten. Die Tatsache, dass selbst die Klimafinanzierung aus G20-Ländern vorwiegend in Form von Krediten erfolge, verstärkte die Schuldenkrise noch. Mittlerweile müssen arme Länder im Durchschnitt 27,5 Prozent ihres Staatshaushalts für den Schuldendienst ausgeben, Tendenz steigend. Damit werde die Finanzierung von öffentlichen Gütern und nachhaltiger Entwicklung zunehmend erschwert.

Auch der Anspruch der indonesischen Präsidentschaft, den G20-Prozess zur Reform der internationalen Finanzarchitektur zu nutzen, war nicht von Erfolg gekrönt. Das Abschlussdokument enthält zwar in Paragraph 42 den Passus, dass die G20-Staaten bei der Implementation der Agenda 2030 als Führungsmächte voranschreiten wollen, – unter anderem durch einen inklusiveren Multilateralismus – doch dieser Anspruch wird nicht wirklich mit Substanz gefüllt.

Neue Zusagen für *zusätzlichen* Finanztransfer oder innovative Finanzierungsinstrumente, die den finanziellen Spielraum zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung im globalen Süden erweitern, wurden weder in Elmau noch auf Bali gemacht. Die oben genannten neuen Sektorinitiativen in den Bereichen Gesundheit und Ernährung werden daher wohl überwiegend aus bestehenden Töpfen

finanziert werden müssen und in Konkurrenz zu anderen Aufgaben stehen. Forderungen nach einer neuen Emission von IWF-Sonderziehungsrechten (SZR) fielen nicht auf fruchtbaren Boden. Selbst die Umverteilung von SZR an Länder, die bei der Allokation 2021 benachteiligt wurden, ist bislang nicht erreicht worden. Insgesamt hatten sich reiche Länder schon 2021 zur Umverteilung von SZR im Wert von hunderten Milliarden US-Dollar verpflichtet.¹

Fortschritte blieben auch bei der Bekämpfung illegitimer Finanzflüsse und des schädlichen Steuerwettbewerbs aus. Im Gegenteil, selbst das vielfach als unzureichend kritisierte Abkommen zur globalen Mindeststeuer für Unternehmen, das im Auftrag der G20 bei der OECD verhandelt wurde, droht zu kollabieren, weil weder die USA noch alle EU-Mitglieder bereit sind, es zu implementieren. NGOs hatten sich gerade in diesem Bereich für neue Initiativen ausgesprochen. So hatte zum Beispiel Oxfam eine Sondersteuer gefordert, um die **Übergewinne der Unternehmen aus dem Energie- und Nahrungsmittelsektor abzuschöpfen**, die von den Folgen des Ukrainekriegs profitieren. Die **C20, der zivilgesellschaftliche Parallelprozess zur G20**, hatte noch in Bali selbst die verstärkte Nutzung von Vermögensteuern gefordert. Solche Steuern könnten nicht nur zusätzliche Mittel für nachhaltige Entwicklung mobilisieren, sie würden gleichzeitig auch zur Reduzierung globaler Ungleichheit beitragen.

Fazit

In Anbetracht der Rückschläge bei der Umsetzung der Agenda 2030 und der neuen Herausforderungen durch die kombinierte Energie-, Nahrungs- und Klimakrise wären deutlich größere und ambitioniertere Schritte der G7 und der G20 nötig gewesen. Implizit erkennen das die Präsidentschaften auch an, vor allem die G20-Dokumente unter indonesischer Federführung. So macht sich das 64-seitige G20-Bali-Update zur Agenda 2030 zwar die Mühe, die Vereinbarungen aus den zahlreichen G20-Communiqués und Chair's Summaries den einzelnen SDGs zuzuordnen. Doch fangen die meisten Textkästen mit vagen Begriffen wie „wir diskutierten ...“ an – ein Hinweis darauf, dass keine verbindliche Vereinbarung zum Thema getroffen werden konnte.

Interessant ist auch, dass sich der Fortschrittsbericht der G20 im zweiten Teil des Bali-Updates auf 36 frühere Vereinbarungen der G20 zur Förderung nachhaltiger Entwicklung bezieht und anschließend behauptet, fünf davon seien erledigt worden, weitere 31 lägen im Zeitplan und bei keinem einzigen gäbe es keine Fortschritte. Das steht offensichtlich in eklatantem Widerspruch dazu, dass die Umsetzung der Agenda 2030 insgesamt massiv in Rückstand geraten ist. Wenn also der Fortschrittsbericht stimmt, kann das nur heißen, dass die G20-Vereinbarungen selbst unzureichend oder schlicht nicht zielführend waren, um der Agenda 2030 und ihren SDGs den nötigen Schwung zu verleihen. Beim G7-Prozess sieht es mit Blick auf den **Elmau Progress Report** bislang nicht viel anders

¹ Deutschland hatte dieses Jahr einen Sonderkredit aus dem Haushalt an den Resilience and Sustainability Trust des IWF gemacht, da sich die Bundesbank weiterhin gegen die Umverteilung von SZR sperrt.

aus. Immerhin konnten zeitgleich zum G20-Gipfel Fortschritte bei der Klimafinanzierung beim UN-Klimagipfel in Ägypten verkündet werden. Dies gelang nicht zuletzt infolge des massiven po-

litischen Drucks aus Ländern des globalen Südens, die bei keinem der G-Prozesse mit am Verhandlungstisch sitzen, ihn dort also auch nicht ausüben können.

Weitere Informationen

G7 (2022): Communiqué der G7 Staats- und Regierungschefs, Elmau, den 28. Juni 2022.

<https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2059932/10a1cf2421ccdcdd442648a1e64d7ed8/kommuniqu%C3%A9-g7-arbeitsuebersetzung-data.pdf?download=1>

G20 (2022): G20 Bali Leader's Declaration. Bali, Indonesia, 15–16 November 2022.

<http://www.g20.utoronto.ca/2022/G20%20Bali%20Leaders-%20Declaration,%2015-16%20November%202022,%20incl%20Annex.pdf>

Webseiten

<https://www.g7germany.de/g7-de> Website der deutschen G7-Präsidentschaft

<https://www.g20.org> Website der indonesischen G20-Präsidentschaft

<http://www.g8.utoronto.ca> G7 Information Centre der Universität Toronto

<http://www.g20.utoronto.ca> G20 Information Centre der Universität Toronto

Impressum

Nachhaltige Entwicklung im Schatten geopolitischer Spannungen

Zentrale Ergebnisse der G7- und G20-Prozesse 2022

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a, 53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autor: Bodo Ellmers

Redaktionelle Mitarbeit: Jens Martens und Antonia Leeb

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, November 2022

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.